



Susanne Mittag
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

Susanne Mittag MdB: „Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November - Haushaltsplan 2020 sieht 35 Mio. für Frauenhäuser vor

Berlin, 25.11.2019

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.133
Telefon: +49 30 22778171
Fax: +49 30 22770173
susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
Fax: +49 4221 1521222
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

An diesem Montag, den 25. November findet der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen statt. Dieser ist ein seit 1960 jährlich abgehaltener Gedenk- und Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen. Er erinnert daran, dass Verbrechen dieser Art weltweit täglich passieren.

Schutz vor Gewalt bieten bundesweit rund 350 Frauenhäuser sowie mehr als 100 Schutzwohnungen, die insgesamt über 6.000 Frauen Platz gewähren. Hinzu kommen Fachberatungsstellen und Interventionsstellen. Um den weiteren Ausbau und die finanzielle Absicherung von Einrichtungen zu sichern, hat der Bund 2019 ein Förderprogramm initiiert, in welchem bis zum Jahr 2022 rund 100 Mio. Euro geplant sind.

Laut des Bundesfamilienministeriums werden für das Jahr 2020 35 Mio. Euro im Haushaltsplan zur Verfügung stehen. Davon sind 30 Mio. Euro für Um- und Anbauten, sowie Errichtungen und 5 Mio. Euro für Projekte geplant.

„In Delmenhorst gibt es bisher ein Frauenhaus, im Landkreis Oldenburg und Vechta gibt es jeweils ein Frauen- und Kinderschutzhaus. In der Wesermarsch wird aktuell ein Frauenhaus geplant. Bei diesem Investitionsvolumen bestehen durchaus Unterstützungsmöglichkeiten bei uns vor Ort.“, so die Bundestagsabgeordnete von Delmenhorst, Oldenburg-Land und Wesermarsch.

Ein weiterer Hinweis dazu: Aktuell wurde ein Gesetzentwurf zum sogenannten „Upskirting“ beschlossen, in welchem das heimliche Fotografieren von Frauen unter den Rock oder in den Ausschnitt



strafbar gemacht werden soll. Upskirting gilt damit nun offiziell als eine neue Variante an Gewalt gegen Frauen.